

Erklärung der 20. Bundesverbandstagung des SoVD zur aktuellen Flüchtlingsfrage

Die Zahl von Flüchtlingen, die Deutschland seit dem Sommer 2015 erreichen, ist außergewöhnlich hoch. Viele von ihnen verlassen ihre Heimat, um bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung zu suchen. Andere kommen, weil sie sich hier ein Leben ohne Armut erhoffen. Nicht alle Flüchtlinge werden auf Dauer bleiben, aber viele. Dies stellt unser Land vor neue, große Herausforderungen. Die damit verbundenen Sorgen vieler Menschen müssen ernst genommen werden. Der SoVD wird den Interessen der Rentnerinnen und Rentner, behinderten, kranken, pflegebedürftigen und sozial benachteiligten Menschen in Deutschland auch weiterhin Kraft und Stimme verleihen und bei der Bewältigung der Herausforderungen konstruktiv mitwirken.

Das Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden!

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich nicht nur in internationalen Abkommen, wie der Genfer Flüchtlingskonvention, zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtet. Auch das Grundgesetz gewährt politisch verfolgten Menschen ein Grundrecht auf Asyl. Dieses Grundrecht gehört zum verfassungsrechtlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und darf nicht ausgehöhlt werden. Es muss in seinem Kern unangetastet bleiben. Gleichzeitig muss klar sein, dass Menschen, die kein Bleiberecht haben, nicht auf Dauer in Deutschland leben können. Die Entscheidung über das Bleiberecht muss deshalb zügig, unter Wahrung der Rechte der Betroffenen und in einem rechtsstaatlichen Verfahren erfolgen. Unabhängig davon muss der Staat allen Flüchtlingen einen ausreichenden Schutz vor Angriffen gegen ihre körperliche Unversehrtheit und ihre Unterkünfte bieten.

Die Verteilung der Flüchtlinge muss auf europäischer Ebene gelöst werden!

Die Sorge um die Flüchtlinge ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Mit einer einmaligen Verteilung der Flüchtlinge ist das Problem nicht gelöst. Humanität, Solidarität und Hilfe in der Not sind europäische Werte, die von allen 28 Mitgliedstaaten der EU gelebt werden müssen. Deshalb muss ein Weg auf europäischer Ebene gefunden werden, wie die hohe Zahl von Flüchtlingen gemeinsam bewältigt werden kann.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Das großartige Engagement derjenigen, die sich um das Wohl der hier angekommenen Menschen kümmern, verdient Respekt und Anerkennung. Dies gilt auch für die vielen SoVD-Mitglieder und -Initiativen vor Ort, die ehrenamtlich bei der Aufnahme der Flüchtlinge helfen. Besonders aner kennenswert ist auch die Arbeit der Kommunen, die die alltägliche Betreuung der Flüchtlinge sicherstellen müssen. Letztlich stellt die Aufnahme der Flüchtlinge eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, bei der Bund, Länder, Kommunen sowie die Wirtschaft und Zivilgesellschaft gefordert sind. Niemand darf sich seiner Verantwortung entziehen!

Die Integration der Flüchtlinge erfordert enorme Kraftanstrengungen!

Die Flüchtlinge, die auf längere Zeit hier bleiben werden, müssen frühzeitig in unsere Gesellschaft eingegliedert werden. Hierzu müssen alle Akteurinnen und Akteure, einschließlich der Wirtschaft und Zivilgesellschaft, eng zusammenwirken. Die Integrationsangebote für Flüchtlinge müssen erheblich ausgebaut werden, insbesondere im Hinblick auf die deutsche Sprache, Kultur und Rechtsordnung. Gleichzeitig braucht es die Bereitschaft der Flüchtlinge selbst, sich in unsere Gesellschaft einzugliedern und unsere verfassungsmäßige Ordnung anzuerkennen. Insbesondere in den folgenden Bereichen sind aus Sicht des SoVD enorme Kraftanstrengungen erforderlich:

- Auch den Flüchtlingen steht das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu. Dies umfasst auch die medizinisch notwendige Versorgung, vor allem im Hinblick auf die Traumatisierungen, die viele Menschen vor und während ihrer Flucht erlitten haben. Daher muss die Gesundheitsversorgung entsprechend ausgebaut und die hierfür erforderlichen Mittel in vollem Umfang aus Steuergeldern finanziert werden.
- Für die Flüchtlinge muss auf einem bereits angespannten Wohnungsmarkt in absehbarer Zeit angemessener Wohnraum gefunden werden. Daher haben Bund und Länder die gemeinsame Aufgabe, neue Programme für sozialen Wohnungsbau aufzulegen und bezahlbaren Wohnraum in ausreichendem Umfang zu schaffen.
- Die Bildungsangebote, Sprach- und Integrationskurse für Flüchtlinge, insbesondere für Kinder, müssen schnellstmöglich ausgebaut werden. In den Bildungseinrichtungen bedarf es mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die deutsche Sprache und Kultur vermitteln können und mit der Flüchtlingsarbeit erfahren sind. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bildungseinrichtungen müssen weiterqualifiziert werden.
- Die Flüchtlinge müssen so bald wie möglich zu den geltenden arbeitsrechtlichen Standards in den Arbeitsmarkt integriert werden, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Hierzu benötigen sie Unterstützung und Förderung bei der Arbeitsmarktintegration, insbesondere Sprachkurse, eine umfassende Beratung und Vermittlung und individuelle Qualifizierungsangebote. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sowie erforderliche Personalausstattung in den Behörden, insbesondere den Jobcentern, sind vorzuhalten.
- Frauen und Kinder auf der Flucht sind oft anderen Nöten und Gefahren ausgesetzt als Männer. Dabei geht es auch um Gewalterfahrungen und sexuelle Belästigung. In den Erstaufnahmestellen und Flüchtlingsunterkünften brauchen sie besseren Schutz sowie bessere gesundheitliche und soziale Betreuung. Darüber hinaus müssen die Grundregeln und -werte unserer Gesellschaft vermittelt werden, und zwar für Frauen und Männer. Dazu zählen auch die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie das Verbot der Gewalt gegen Ehefrauen und Kinder.

Zusätzliche Aufgaben erfordern zusätzliche Finanzmittel!

Der deutschen Wirtschaft geht es so gut wie seit langem nicht mehr. Der Wohlstandszuwachs kommt aber nicht bei allen an. Vielmehr hat die Verteilungsungleichheit stark zugenommen. So ist der Abbau des Sozialstaats schon heute in allen Bereichen spürbar: Der

Bestand an bezahlbaren Wohnungen ist stark zurückgegangen. Die Leistungen der Sozialversicherungssysteme wurden in erheblichem Maße gekürzt. Der Niedriglohnsektor und die prekäre Beschäftigung haben zugenommen. Es gibt eine verfestigte Zahl von langzeitarbeitslosen Menschen, die keine Chance haben, auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Menschen mit Behinderungen sind von Armut und sozialer Ausgrenzung in besonderer Weise betroffen.

Neben diesen bereits bestehenden Herausforderungen stellen die hohe Zahl von Flüchtlingen und die notwendige Integration derjenigen, die auf längere Zeit hier bleiben werden, Deutschland vor zusätzliche, neue Herausforderungen. Dies wird weitere, auch finanzielle Kraftanstrengungen erforderlich machen. Die hieraus folgenden Belastungen müssen gerecht verteilt werden und dürfen nicht einseitig den Versicherten, Rentnerinnen und Rentnern und sozial benachteiligten Menschen auferlegt werden. Der SoVD fordert die Bundesregierung auf, ihre strenge Haushalts- und Steuerpolitik aufzugeben und die zur Bewältigung der neuen Herausforderungen erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Hierzu müssen insbesondere die Finanzstarken und Vermögenden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit stärker finanziell herangezogen werden.

Der SoVD nimmt die Herausforderungen an!

Seit fast 100 Jahren setzt sich der SoVD für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit ein. Die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge, die auf längere Zeit bei uns bleiben werden, stellt eine schwierige Aufgabe dar. Es gilt, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen und als Chance für unsere Gesellschaft zu begreifen. Dazu können vor allem auch diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger einen wichtigen Beitrag leisten, die in unserer Gesellschaft bereits gut integriert sind und aufgrund ihres eigenen Migrationshintergrunds über ein besonderes sprachliches und kulturelles Wissen verfügen. Als Interessenverband der sozial benachteiligten Menschen in diesem Land wird der SoVD mit seinen drei Säulen, namentlich der sozialpolitischen Interessenvertretung, der Sozialberatung und der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort, konstruktiv und aktiv bei der Bewältigung der Herausforderungen mitwirken. Insbesondere werden wir jeden Versuch, Flüchtlinge und sozial benachteiligte Menschen in unserer Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, mit Entschiedenheit abwehren!

Berlin, im November 2015

DIE 20. BUNDESVERBANDSTAGUNG DES SoVD